

Der Vorsitzende erklärt den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.09.2007 zur Diskussionsgrundlage. Die Anträge der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2007 sowie die beiden der CSU-Stadtratsfraktion vom 09.10.2007 werden dazu mit eingebunden.

1. Mittagessen in Kindertagesstätten

Der Beirat spricht sich einstimmig für die Übernahme des Differenzbetrages zwischen dem im Durchschnitt für ein Mittagessen in Kindertagesstätten zu zahlenden Betrag und dem im Regelsatz für ein Mittagessen eingerechneten Betrag (1,06 € je Tag) für alle Kinder, für die eine teilweise oder vollständige Kostenübernahme der Kindertagesstättegebühr geleistet wird. Damit sind auch Kinder von so genannten "Minderbemittelten" berücksichtigt. Der Zuschussbetrag geht direkt an die Einrichtung. Es handelt sich dabei um Kosten in Höhe von 217.000 €.

Nr. 2 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen und Nr. 1 des CSU-Antrages sind ebenfalls abgearbeitet.

2. Zuschuss für religiöse Feiern

Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Evang. Kirche bereits unterstützend tätig ist und in Härtefällen einen Ausgleich gewährt. Die Beiratsmitglieder kamen dazu überein, dass in Einzelfällen die Stadt Fürth einen zweckgebundenen Zuschuss gewährt.

Nr. 5 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen (Zuschuss 100 €) fand keine Mehrheit.

3. VGN-Monatswertmarke

Die Beiratsmitglieder sprechen sich mehrheitlich für die Einführung einer personenbezogenen VGN-Monatswertmarke von 18,10 € aus. Es handelt sich hierbei um die kostengünstigste Lösung. Über eine einheitliche VGN-Regelung ist in den zuständigen VGN-Gremien zu verhandeln.

Nr. 9 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen und Nr. 2 des CSU-Antrages sind damit auch abgearbeitet.

4. Ermäßigte Eintrittspreise im Frei-/Hallenbad

Hier können ermäßigte Eintrittspreise nur mit Zustimmung der zuständigen Betreibergesellschaft "Vitaplan" erfolgen. Dazu wurde die Betreibergesellschaft bereits unterm 24.09.2006 um Äußerung gebeten, ob und unter welchen Bedingungen ermäßigte Eintrittspreise für Begleitpersonen möglich wären; eine Rückantwort ist noch nicht erfolgt.

An die Betreibergesellschaft ergeht ein Erinnerungsschreiben, dabei ist auf Kinder

im Alter bis 8 bzw. 10 Jahren hinzuweisen.

Nr. 3 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen ist abgearbeitet.

5. "Sozialtarif" durch die infra

- a) Der infra-Aufsichtsrat hat am 27.09.2007 beschlossen, für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II/SGB XII einen so genannten "Sozialtarif" zu gewähren. Für Abtretungs- bzw. Einzugsermächtigungskunden ergibt sich ein jährlicher Preisnachlass von 60 bis 70 €. Evtl. ergeben sich dadurch auch weniger Stromsperrern. Die ARGE Fürth ist mit den Direktzahlungen einverstanden.
- b) Weiterhin hat der infra-Aufsichtsrat am 27.09.2007 die Einführung von Energiesparschulungen beschlossen. In Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden werden gemeinsame Schulungen zum individuellen Nutzungsverhalten durchgeführt.

Die Beiratsmitglieder begrüßen einstimmig beide Lösungen.

Der Infra-Beschluss ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Nr. 7 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen sowie Nr. 2 und Nr. 3 des CSU-Prüfungsantrages vom 9.10.2007 sind damit abgearbeitet.

6. Beschwerdestelle

Die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle bei der Stadt Fürth für die ARGE-Leistungsempfänger wird von den Beiratsmitgliedern als Prüfungsauftrag an die Verwaltung verwiesen. Die psychosoziale Betreuung ist im Übrigen als Pflichtaufgabe der Kommune in § 16 Abs. 2 SGB II verankert.

Nr. 10 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen ist damit erledigt. Insoweit ist auch Nr. 4 des CSU-Prüfungsantrages (Einführung einer Ombuds-Person) abgearbeitet.

7. Verbesserungen bei der ARGE Fürth

Die Beiratsmitglieder verweisen die in Rede stehenden Verbesserungen bei der ARGE Fürth (Eingangsbestätigung/barrierefreier Zugang) als Prüfungsauftrag an die Verwaltung.

Nr. 11 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen sowie Nr. 5 und Nr. 6 des CSU-Antrages sind damit auch abgearbeitet.

Bei den weiteren Antragspunkten ergibt sich Folgendes:

a) Auslagen an Fürther Schulen

Es besteht Einigkeit darüber, dass bei Auslagen für Projektstage, Ausflüge (mehrtägige Klassenfahrten) und Kopiergeld bereits Regelungen durch das Schulverwaltungsamt, die Schulen und SGB II-ARGE bestehen. Ein weiterer Handlungsbedarf wird nicht gesehen.

Nr. 1 des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen ist damit abgearbeitet.

b) WBG-Wohnungen

WBG-Wohnungen mit entsprechenden Standards zu den festgelegten Mietobergrenzen zur Verfügung zu stellen wird bereits seit Jahrzehnten praktiziert. Ein weiterer Handlungsbedarf wird nicht gesehen.

Nr. 6 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen ist damit abgearbeitet.

c) Gesundheitsausgaben

Für dringende Gesundheitsausgaben einen Härtefond einzurichten wurde kein Handlungsbedarf gesehen. In Einzelnotfällen ist für einen Spendenbetrag der Allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes ("Freude für Alle") einzuschalten.

Nr. 8 des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen ist damit abgearbeitet.

d) Zweckgebundenes Weihnachtsgeld

Die Beiratsmitglieder verweisen die Ausgabe eines zweckgebundenen Gutscheines (für das Jahr 2008) als Prüfungsauftrag an die Verwaltung, da insbesondere der Verwaltungsaufwand, Kosten sowie Personalaufwand und Personalkosten noch zu ermitteln sind. Ebenso ist die Höhe des zweckgebundenen Gutscheines festzulegen.

Nr. 4 des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen sowie Nr. 3 des CSU-Antrags (hier 100 € statt 10 €) sind damit abgearbeitet.

e) Pass für Ermäßigungen

Die Beiratsmitglieder stimmen einstimmig einer Gültigkeitsdauer von bisher 3 Monate auf 6 Monate zu.

Nr. 4 des CSU-Antrags ist damit abgearbeitet.

f) Pauschale Erstattung der Warmmiete

Die Beiratsmitglieder verweisen die Überprüfung der Angelegenheit als Prüfungsauftrag an die Verwaltung.

Nr. 1 des CSU-Prüfungsantrags ist damit abgearbeitet.

g) Forderungen an den Bund

Da die SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für unzureichend gehalten werden wird der Bund aufgefordert, den bestehenden Regelsatz zu erhöhen